

Deutsche Nationalstiftung  
Eröffnung der Jahrestagung 2021

Anrede, Begrüßung

Vor fünfeinhalb Wochen hat Deutschland gewählt. Die Beteiligung war für heutige Verhältnisse hoch. Der Bundestag ist deutlich jünger und etwas weiblicher geworden. Die AfD hat an Stimmen verloren. Anders als in vielen anderen Staaten stand kein Demagoge oder Populist aussichtsreich vor den Toren Berlins. Und schon zehn Tage nach der Wahl zeichnete sich ab, welche Parteien des politischen Zentrums miteinander über die Bildung einer Regierung verhandeln wollen.

Alles fein mit unserer Demokratie also? Kein Grund zur Sorge? Schauen wir lieber genauer hin. Dann wird sichtbar: sämtliche Demokratien Europas sind heute herausgefordert wie lange nicht – im Innern und von außen.

In der Mitte der Gesellschaft, auch in Deutschland, wachsen die Zweifel, ob unsere Demokratien schlagkräftig genug sind, um sich im globalen Wettbewerb der Systeme zu behaupten. Nicht wenige befürchten, unsere Verfassungssysteme könnten untauglich sein, um über grundlegende politische Weichenstellungen - etwa zur Bekämpfung der Klimakrise oder gefährlicher Pandemien – zügig zu entscheiden und diese dann auch umzusetzen. Andere halten im Zeitalter sozialer Medien das Prinzip der repräsentativen Demokratie selbst für nicht mehr zeitgemäß, sehen das Ende einer Ära großer, stabiler Parteien und setzen auf mehr direkte Demokratie, zum Beispiel im Wege häufiger Volksbefragungen. Viele verweisen auf tiefe gesellschaftliche Spaltungen: zwischen Gewinnern und Verlierern der Globalisierung, zwischen Arm und Reich, zwischen gut Informierten und einer – oft lautstarken – Minderheit, die Falschmeldungen Glauben schenkt, zu Verschwörungs-Theorien neigt und sich in selbst-referentiellen Echo-Kammern einigelt.

Nicht zu übersehen ist: in zahlreichen Ländern „des Westens“, aber auch in anderen Teilen der Welt, in denen die Demokratie unaufhaltsam auf dem Vormarsch schien, haben sich autoritäre Kräfte zu gefährlich einflussreichen Parteien und Bewegungen formiert.

Ja, in Deutschland sieht es noch vergleichsweise gut aus. Die Erinnerung an die furchtbaren Nazi-Verbrechen entfaltet noch immer eine gewisse mahnende Kraft. Aber auch hierzulande konnte eine rechts-populistische, in Teilen rechts-extreme und demokratie-feindliche Partei in alle 16 Landesparlamente einziehen und wurde – trotz zahlreicher Skandale – erneut zweistellig in den Bundestag gewählt. Vor allem die Wahlergebnisse in einigen östlichen Bundesländern sind Besorgnis erregend, auch weil sie dort die Bildung kohärenter, stabiler Landesregierungen nahezu unmöglich machen. Dem zugrunde liegt offensichtlich keine schnell vorübergehende Augenblicksstimmung. Auch wenn es nicht an Afd-Erfolgen im Westen mangelt – die Größenordnung der Unterstützung, die Qualität der gesellschaftlichen Verankerung unterscheiden sich doch signifikant.

Verunsicherungen und Spaltungen in den Demokratien werden von außen verstärkt. Autoritär geführte Staaten nehmen auf vielerlei Wegen Einfluss, um demokratische Kräfte und Strukturen weiter zu schwächen: Regierungen werden mit billigen Krediten für große Infrastrukturprojekte gelockt, rechte Parteien demonstrativ hofiert, Internet-Plattformen und Fernsehkanäle als Propaganda-Instrumente missbraucht, mehr oder weniger verdeckt hoch komplexe Cyber-Attacken gestartet. Das Ziel: demokratische Prinzipien diskreditieren, demokratische Bündnisse und Zusammenschlüsse, insbesondere die Europäische Union, schwächen und sich so Vorteile im geo-strategischen Wettstreit der Mächte sichern. Dabei geht es um viel. China, über Jahrzehnte auf seinen wirtschaftlichen Wiederaufstieg konzentriert, sieht sich heute auf dem Weg zu *der* führenden Macht des 21. Jahrhunderts und lässt es auch auf der internationalen Bühne an Härte nicht fehlen. Russland geht es – ungeachtet seiner endemischen ökonomischen Schwäche - um eine zumindest partielle Rückgewinnung des mit dem Untergang der Sowjet-Union verlorenen Weltmacht-Status. Und die von einem autoritär agierenden Präsidenten geführte Türkei spannt alle Kräfte an, um sich als starke Regionalmacht zu etablieren, im Mittelmeer-Raum, im Nahen Osten, im Kaukasus - bis hin zu Afghanistan.

Der einst für sicher gehaltene globale Siegeszug der Demokratie ist vielerorts zu einem abrupten Halt gekommen und andernorts angeschlagen. Die große, traditionsreiche Demokratie der Vereinigten Staaten von Amerika leidet seit

langem unter einer früher undenkbaren politischen Polarisierung und wurde durch den Sturm auf das Kapitol am 6. Januar 2021 bis in ihre Grundfesten erschüttert.

Was also muss geschehen?

Demokratien ohne Demokraten können nicht bestehen. Ohne Verankerung in einer demokratischen Kultur, in einer demokratischen Zivilisation kann auf Dauer auch die beste Verfassung Recht und Freiheit nicht verlässlich schützen. Das Schicksal der Weimarer Republik hat uns das in Deutschland auf bitterste Weise gelehrt.

Doch geht es dabei vorrangig nicht um eine abstrakte Werte-Debatte. Demokratien werden um so stabiler sein, je besser es ihnen gelingt, die ganz konkreten Erwartungen der Gesellschaft an ein funktionierendes Gemeinwesen zu erfüllen. Bürger und Bürgerinnen registrieren sehr genau, ob eine Regierung eine schlüssige Klima-Strategie verfolgt. Ob sich in einer Pandemie das Gesundheitssystem bewährt. Ob es gelingt, Menschen so gut es geht vor Naturkatastrophen zu schützen. Ob Kriminalität und Terrorismus konsequent bekämpft werden. Ob die öffentliche Infrastruktur, auch im ländlichen Raum, heutigen Ansprüchen genügt. Ob staatliche Verwaltungen bürgernah und zeitgemäß arbeiten. Ob ein Steuersystem effizient und gerecht ist. Ob das Rentensystem Altersarmut verhindert und Demographie fest ist. Ob bei der Zuwanderung die Balance zwischen eigenen Interessen und humanitärem Schutz stimmt und Integration im Alltag vor Ort funktioniert.

Vertrauen in die Kompetenz öffentlicher Institutionen und in die Unbestechlichkeit ihrer Repräsentanten ist das unentbehrliche Fundament für demokratische Stabilität. Politik und Verwaltung tragen dafür eine besondere Verantwortung. Aber auch alle anderen, die Wert auf ein freiheitliches Gemeinwesen legen, sollten wissen, dass die Vitalität unserer Demokratien immer wieder neu gestärkt werden muss: mit frischen, tauglichen Ideen und mit aktivem bürgerschaftlichem Engagement.

Davon handelt dieser neue Band der „Berichte zur Lage der Nation“, den wir Ihnen heute druckfrisch vorlegen können. Wir haben führende europäische Köpfe – unter ihnen wiederum vier Mitglieder des Senats der Deutschen Nationalstiftung – gebeten, die Herausforderungen unserer Demokratie zu analysieren und durchdachte Empfehlungen für ihre Festigung zu formulieren. Zu ihnen gehören Prof. Armin Nassehi, der gleich im Anschluss zu uns sprechen wird, ebenso wie Xiaqum Clever und Marion Ackermann, die danach hier aufs

Podium kommen werden, um sich gemeinsam den Fragen unseres Moderators Christoph Bertram zu stellen.

Gemeinsam ist allen Autorinnen und Autoren die Überzeugung, dass auch Deutschland vor großen Veränderungen steht, die entschlossen angegangen werden müssen, sollen die Herausforderungen unserer Zeit bewältigt und unsere Demokratie nachhaltig gesichert werden.

Die Deutsche Nationalstiftung legt hiermit im zweiten Jahr „Berichte zur Lage der Nation“ vor. Wir wollen damit - wie auch mit dem heutigen Abend - wieder unseren Stiftungs-Auftrag erfüllen und zum Nachdenken anregen: über den Zusammenhalt unserer Gesellschaft, über die Festigung unserer Demokratie, über den weiteren Weg Deutschlands in einem vereinten, freiheitlichen Europa.